



Rathaus Umschau

Dienstag, 15. September 2020

Ausgabe 176

ru.muenchen.de

Als Newsletter oder Push-Nachricht

unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Abstellflächen für E-Tretroller in der Innenstadt	3
› Erweiterte Parklizenzgebiete am Arnulfpark und Ackermannbogen	4
› Kraft-Stiftung spendet 13.500 Masken zum Schutz älterer Menschen	5
› 2. Quartalsheft „Münchner Statistik“ erschienen	6
› Führung „München kompakt“ im Münchner Stadtmuseum	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 16. September, 11 Uhr, Tierpark Hellabrunn, Isar-Eingang

Bürgermeisterin Verena Dietl und Tierparkdirektor Rasem Baban stellen bei einem Presserundgang die Neuerungen im Tierpark vor. So wurde das Streichelgehege am Isar-Eingang in diesem Jahr überarbeitet und für Ziegen wie Besucher attraktiver gestaltet und im Giraffenhaus ein neues Großterrarium für Kurzohrrüsselspringer und Ägyptische Dornschwanzagamen errichtet.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wird gebeten bis heute, Dienstag, 15. September, per E-Mail an presse@hellabrunn.de.

Freitag, 18. September, 11 Uhr, St. Christuskirche, Mariannenplatz

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort zur Amtseinführung von Pfarrer Thorsten Nolting als Vorstandsmitglied der Inneren Mission München.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 22. September, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal, Marienplatz 8 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt-Lehel). Weil zur Minimierung eines Corona-Ansteckungsrisikos die Abstände zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingehalten werden müssen, stehen unter Umständen nur wenige Plätze für Besucherinnen und Besucher zur Verfügung.

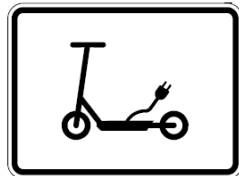
Dienstag, 22. September, 19 Uhr, Altes Rathaus, Sitzungssaal, Marienplatz 15 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt). Weil zur Minimierung eines Corona-Ansteckungsrisikos die Abstände zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingehalten werden müssen, stehen unter Umständen nur wenige Plätze für Besucherinnen und Besucher zur Verfügung.

Meldungen

Abstellflächen für E-Tretroller in der Innenstadt

(15.9.2020) Die Landeshauptstadt schafft extra ausgewiesene Abstellflächen für im Sharing-Modell angebotene E-Tretroller in der Innenstadt. Ziel ist es, Behinderungen auf Gehwegen entgegenzuwirken. Behindernd oder nicht regelkonform abgestellte E-Tretroller waren bisher das häufigste Thema der Beschwerden, die bei der Stadtverwaltung zu den Sharing-E-Tretrollern eingegangen sind.



Das Kreisverwaltungsreferat hat deshalb in den vergangenen Wochen in Abstimmung mit den örtlichen Bezirksausschüssen der Innenstadt gesonderte Abstellflächen für Sharing-E-Tretroller definiert. Zum Teil handelt es sich dabei auch um kombinierte Stellflächen für E-Tretroller, Fahrräder und E-Motorroller. Sie sind klar erkennbar beschildert.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „So schön es ist, dass in München neue Fortbewegungsmittel schnell und offen angenommen werden, so gefährlich und ärgerlich sind kreuz und quer abgestellte E-Scooter

auf dem Gehsteig. Das vergangene Jahr über bin ich oft darauf angesprochen worden und habe dazu auch viele Briefe bekommen. Deshalb war mein Wunsch, dass wir für die E-Scooter eigene Abstellflächen vor allem in der Innenstadt anbieten, in der der Platz sehr begrenzt ist. Die Benutzung ist auf freiwilliger Basis, aber ich habe die Hoffnung, dass die Anbieter finanzielle Anreize schaffen werden, damit ihre E-Scooter auf den dafür vorgesehenen Flächen abgestellt werden und dadurch auch breitere Akzeptanz bei der Bevölkerung finden. Und an die Nutzerinnen und Nutzer kann ich nur appellieren, immer auch an die anderen zu denken und die Roller so abzustellen, dass sie niemanden beeinträchtigen und auch Menschen mit Sehbehinderung beispielsweise gefahrlos daran vorbei kommen.“

Die ersten Abstellflächen für E-Tretroller richtet das Baureferat ab dieser Woche in Schwabing ein, weitere folgen in den kommenden Wochen innerhalb des Mittleren Rings. In Schwabing sind sechs Abstellflächen geplant: an der Marktstraße, an der Haimhauser Straße, an der Trautenwolfstraße, an der Giselastraße und zwei an der Leopoldstraße.

Die aktuell fünf in München aktiven Anbieter haben alle eine Selbstverpflichtungserklärung unterschrieben und stehen im Austausch mit der Stadtverwaltung. Die Anbieter wurden über die neuen Abstellflächen für im Sharing-Modell angebotene E-Tretroller informiert und sind aufgefordert, mit geeigneten Maßnahmen auf die Nutzung dieser Flächen hinzuwirken. Denkbar sind zum Beispiel deutliche Hinweise in den Apps,

kombiniert mit Anreizen für die Kundinnen und Kunden, etwa Rabatte oder Bonusminuten. Die Sharing-Anbieter waren auch bei der Auswahl der Abstellflächen eingebunden, Grundlage sind aggregierte Nutzungsdaten zu stark frequentierten Punkten im Stadtgebiet, an denen besonders viele Mietvorgänge begonnen oder beendet werden.

Um auf eine verkehrssichere Nutzung von E-Tretrollern hinzuwirken, hat die Landeshauptstadt zusammen mit den am Standort München vertretenen Sharing-Anbietern umfassende Regelungen getroffen und steht in ständigem Kontakt mit den Unternehmen. Geregelt sind unter anderem geordnete Abläufe zum Aufstellen der E-Tretroller durch die Anbieter, zulässige Abstellstandorte für Kunden, Flottengrößen, zulässige Geschäftsgebiete, Kundenservice. Die freiwillige Selbstverpflichtungserklärung im Wortlaut gibt es auf www.t1p.de/E-Tretroller-muenchen.

Weitere Informationen zu Shared Mobility und Mobilität in München gibt es auf www.muenchenunterwegs.de.

Erweiterte Parklizenzengebiete am Arnulfpark und Ackermannbogen

(15.9.2020) Die Landeshauptstadt erweitert zum 6. November drei bestehende Parklizenzengebiete. Die Gebiete „Marsfeld“ und „St.-Vinzenz-Viertel“ werden nach Süden um die Wohngebiete am Arnulfpark erweitert. Das Lizenzgebiet „Winzererstraße“ wird nach Westen erweitert um die Straßenzüge innerhalb des Ackermannbogens und der Schwere-Reiter-Straße. Die Überwachung der Gebiete übernimmt die Kommunale Verkehrsüberwachung. Alle Haushalte in den erweiterten Lizenzgebieten wurden mit einem Info-Flyer per Post über die Neuerungen informiert. Parkausweise können ab sofort beantragt werden.

Bewohnerinnen und Bewohner der bestehenden Lizenzgebiete, die schon einen Parkausweis haben, müssen wegen der Erweiterung keinen neuen Antrag stellen. Ihr Ausweis gilt künftig für das erweiterte Gesamtgebiet. Bewohnerinnen und Bewohner im Erweiterungsbereich der Lizenzgebiete mit eigenem Auto und ohne Stellplatz auf Privatgrund können ab sofort gegen eine Verwaltungsgebühr von 30 Euro jährlich einen Parkausweis mit einer Gültigkeitsdauer von einem oder zwei Jahren beantragen. Bewohnerparkausweise können jetzt auch online auf www.muenchen.de/parken beantragt, umgeschrieben oder bei Verlust neu beantragt werden. Dort gibt es auch weitere Informationen zum Thema Parken und Gebietskarten der Parklizenzengebiete. Der beste Behördengang ist der, der gar nicht erst stattfinden muss. Wer die Online-Services nutzt, spart Zeit.

Kraft-Stiftung spendet 13.500 Masken zum Schutz älterer Menschen

(15.9.2020) Die Josef und Luise Kraft-Stiftung spendet insgesamt 13.500 Mund-Nase-Masken an die Alten- und Service-Zentren (ASZ), Beratungsstellen und Fachstellen für pflegende Angehörige. Die Masken dienen dem Schutz älterer Menschen, Angehöriger sowie ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in diesen Einrichtungen. 3.400 FFP2-Masken und 4.990 Einwegmasken gingen an die insgesamt 32 Münchner Alten- und Service-Zentren. Dr. Harald Mosler, der 1. Vorsitzende der Josef und Luise Kraft-Stiftung hat heute insgesamt 100 FFP2- und 300 Einwegmasken an den Leiter des Alten- und Service-Zentrums Fürstenried, Bernd Zieglmeier, übergeben. Dr. Harald Mosler: „Insbesondere für ältere Menschen mit Vorerkrankungen besteht eine erhöhte Gefahr, an COVID-19 mit schwerem Verlauf zu erkranken. Gleichzeitig belasten der Kontaktverlust und die Isolation viele ältere Menschen sehr. Die ASZ und die Beratungsstellen stellen für viele Menschen einen vertrauten Bezugspunkt dar und unterstützen aktiv in der Versorgung der älteren Menschen. Mit dieser Spende wollen wir dazu beitragen, dass diese Menschen, die für sie so wichtigen Anlaufstellen weiter aufsuchen können.“

Die Träger der Einrichtungen haben individuelle Schutz- und Hygienekonzepte für alle Angebote erarbeitet, die einen veränderten Regelbetrieb zulassen. Um etwa den sozialen Mittagstisch, Veranstaltungen, Gruppen und Kurse sowie Beratungen zu ermöglichen, ist neben Regeln wie dem Mindestabstand von 1,5 Metern eine Mund-Nase-Bedeckung Voraussetzung. Viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer machen zudem Hausbesuche. Hier kann beispielsweise eine FFP2-Maske notwendig sein.

ASZ-Leiter Bernd Zieglmeier: „Für uns sind persönliche Beratungsgespräche essentiell für eine funktionierende Zusammenarbeit mit den älteren Menschen. Mit dem Vorrat an Masken können wir jetzt allen Besucherinnen und Besuchern bei Bedarf spontan und unkompliziert helfen. Der Mund-Nasen-Schutz gehört in der Corona-Pandemie zum Alltag. Die Spende der Josef und Luise Kraft-Stiftung stellt damit eine große und hilfreiche Unterstützung in dieser Zeit dar, für die wir sehr dankbar sind.“

Die Beratungsstellen für ältere Menschen und Angehörige sowie die Fachstellen für pflegende Angehörige haben weitere 3.600 FFP2-Masken und 1.510 Einwegmasken bekommen.

Die Josef und Luise Kraft-Stiftung setzt sich seit 30 Jahren für die Interessen älterer Menschen ein. Dabei kooperiert die Stiftung mit verschiedenen Organisationen und Einrichtungen, die lösungsorientierte und ideenreiche Projekte initiieren, mit denen der Brückenschlag in die Gesellschaft gelingt.

2. Quartalsheft „Münchner Statistik“ erschienen

(15.9.2020) Ab sofort ist das 2. Quartalsheft des Jahrgangs 2020 aus der Schriftenreihe „Münchner Statistik“ mit folgendem Inhalt erhältlich:

- Kommunalwahlen 2020 in München, Teil 1 – Wie hat München gewählt?
- Kommunalwahlen 2020 in München, Teil 2 – Kumulieren und Panaschieren bei den Stadtratswahlen 2020 und 2014
- Kommunalwahlen 2020 in München, Teil 3 – Wahlstrukturanalyse 2020

Die Druckversion des Heftes (Schutzgebühr 5 Euro) kann über das Statistische Amt, Telefon 233-82700, oder per E-Mail an stat.amt@muenchen.de angefordert werden. Ein Direktverkauf ist nur in der Stadt-Information im Rathaus möglich.

Führung „München kompakt“ im Münchner Stadtmuseum

(15.9.2020) Am Freitag, 18. September, 16.30 Uhr, können Interessierte im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, an der Führung „München kompakt“ durch die Ausstellung „Typisch München!“ mit anschließendem Stadtrundgang teilnehmen.

Was ist typisch München und warum? Die Dauerausstellung „Typisch München!“ zeigt Bekanntes, Unbekanntes und auch Unerwartetes aus den Anfängen der „Weltstadt mit Herz“. Auf dem anschließenden Innenstadt-Rundgang erkunden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „typische“ Münchner Sehenswürdigkeiten. Für alle, die in München leben oder zu Besuch sind und München entdecken oder neu entdecken wollen.

Verbindliche Anmeldung bitte bis Donnerstag, 17. September, per E-Mail an buchung.stadtmuseum@muenchen.de oder telefonisch unter 233-27979. Die Anmeldung für Restkarten am Veranstaltungstag ist an der Museumskasse möglich, es gibt ein begrenztes Kartenkontingent. Das Tagesticket kostet 4 Euro, ermäßigt 2 Euro, die Teilnahme kostet 3 Euro. Es gelten die aktuellen Hygienemaßnahmen des Münchner Stadtmuseums und der Kooperationspartner.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 15. September 2020

Geothermie für den Campus Harlaching bereitstellen

Antrag Stadträte Dr. Reinhold Babor, Hans Podiuk und Dr. Hans Theiss
(CSU-Fraktion) vom 28.2.2020

Verkehrssicherheit

Harthäuser Straße südlich ab Kreuzung Menterschwaigstraße endlich mit befestigten Gehbahnen ausbauen

Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU-Fraktion) vom 21.4.2020

Neuvergabe der Bräurosl – Gay Sunday erhalten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff,
Richard Progl und Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) vom
7.7.2020

Geothermie für den Campus Harlaching bereitstellen

Antrag Stadträte Dr. Reinhold Babor, Hans Podiuk und Dr. Hans Theiss
(CSU-Fraktion) vom 28.2.2020

Antwort Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Mit Ihrem Antrag bitten Sie die Stadtwerke München zu prüfen, ob für den Campus in Harlaching ein Anschluss zur Geothermie zur Verfügung gestellt werden kann. Für den gerade im Umbau befindlichen Campus Harlaching wäre dies eine hervorragende Möglichkeit, die Geothermie in diesem Bereich zu etablieren.

Nach § 60 Abs.9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Geothermieausbau für den Campus in Harlaching fällt jedoch nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates oder als laufende Angelegenheit in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters, sondern in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich. Daher wird der Antrag im Folgenden als Brief beantwortet.

Wir haben die Stadtwerke München um Stellungnahme gebeten, die uns Folgendes mitteilten:

„Der Ausbau des Fernwärmenetzes in den Versorgungsgebieten der SWM in Verbindung mit der Umsetzung der Fernwärmevision mit zunehmender Nutzung der Geothermie ist eine Voraussetzung zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele der Landeshauptstadt München. Grundlage der sich daraus ergebenden Fernwärmeausbaustrategie ist neben dem ökologischen Aspekt ebenfalls das Prinzip der wirtschaftlichen Betriebsführung.

Die Versorgung des Klinikums Campus Harlaching inklusive der umliegenden Kundenpotenziale wurde bereits mehrfach zu bestimmten Zeitpunkten geprüft. Diese Zeitabschnitte richteten sich bisher immer nach kommunizierten Sanierungs- und Ausbauplänen des Klinikums. Der mögliche Anschlusspunkt an das Fernwärmenetz, von dem aus auch die entsprechende Kapazität zur Versorgung aller Potenziale zur Verfügung steht, befindet sich am Beginn der Grünwalder Straße, etwa auf Höhe des Grünwalder Stadions. Von da aus beträgt die zu erstellende Länge der Versorgungsleitung etwa 3 km. Auf der Strecke bis zum Klinikum gibt es sehr wenig Kundenpotenzial – weitläufige und kleinteilige Bebauung in Verbindung mit der Pflicht zur Betriebskostenneutralität bei Umstellung auf Fernwärme. Das gesamte Kundenpotenzial inklusive Campus und Umgebung steht aktuell in keinem Verhältnis zum Erschließungsaufwand im Sinne der

wirtschaftlichen Betriebsführung durch die SWM. Konkret bedeutet das bisher für angefragte Einzelanschlüsse vom Klinikum/Campus und den umliegenden Kunden, dass diese Anschlüsse nur zu nicht marktgerechten und deshalb von den Kunden nicht akzeptierten Preisen angeboten werden konnten.

Mit der neuen Klimaschutzstrategie der LHM sowie der Festlegung, bis 2030 alle eigenen Gebäude klimaneutral zu versorgen, kann sich dieser Ansatz positiv ändern.

Wird der für die wirtschaftliche Erstellung und den Betrieb der Fernwärmeverorgungsleitung erforderliche zusätzliche Betrag, neben den gesetzlich festgelegten staatlichen Förderungen, durch Fördermittel der LHM ausgeglichen und verpflichten sich alle Eigentümer der Liegenschaften der LHM- und LHM-Tochterunternehmen im und um den Campus herum zur kurzfristigen vollständigen Umstellung auf Fernwärme, können die SWM Anschlussangebote zu marktgerechten und für die Kunden akzeptablen Preisen erstellen. Damit wären die Voraussetzungen für eine neue Keimzelle der klimaneutralen Stadtentwicklung geschaffen.

Sofern die genannten Voraussetzungen vorliegen, d.h. insbesondere die grundsätzliche Zustimmung der Eigentümer der Liegenschaften der kommunalen Familie (Kliniken, Wohnungsbaugesellschaften), sind die SWM gerne bereit, mit den Beteiligten ein Grobkonzept zur Umsetzung zu entwickeln. Die sich daraus ergebenden Zahlen und Maßnahmen bilden dann die Grundlage für ein konkretes Umsetzungsprojekt.“

Das für die Themen Klimaschutz und Energie federführende Referat für Gesundheit und Umwelt stimmt den Ausführungen der SWM zu und möchte Folgendes ergänzen:

„Im Zuge der fachgutachterlich begleiteten Erstellung eines Handlungsplans zur Erreichung der Klimaneutralität im Stadtgebiet München bis 2035 wird die Frage der rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt zur Forcierung des Ausbaus des im Sinne des Klimaschutzes nachhaltigen Fernwärmenetzes und der Nutzung der Geothermie behandelt und geprüft werden. Dies soll nach aktuellem Stand im ersten Halbjahr 2021 erfolgen, so dass der Maßnahmenplan bis Ende 2021 in den Stadtrat eingebracht werden kann. Erst auf dieser Basis bzw. in diesem Kontext kann die im vorliegenden Antrag aufgeworfene Thematik des Ausgleichs eines Finanzierungsdefizits im konkreten Fall geprüft werden.“

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Verkehrssicherheit**Harthäuser Straße südlich ab Kreuzung Menterschwaigstraße endlich mit befestigten Gehbahnen ausbauen**

Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU-Fraktion) vom 21.4.2020

Antwort Baureferat:

Sie fordern in Ihrem Antrag das Baureferat auf, die Harthäuser Straße ab der Kreuzung Menterschwaigstraße bis zur Holzkirchner Straße auf beiden Seiten mit befestigten Gehbahnen auszubauen.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 21.4.2020 teilen wir Ihnen aber Folgendes mit: Am 6.10.2017 haben wir Ihnen zum Antrag Nr. 14-20/A 01437 mitgeteilt, dass das Baureferat den Ausbau der Harthäuser Straße vorerst zurückstellt, da sich der Bezirksausschuss des 18. Stadtbezirks gegen eine Kostenbeteiligung durch die bereits erschlossenen Grundstücke ausgesprochen hat.

Mit der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) durch den Bayerischen Landtag zum 1.4.2016 wurde das Recht bayerischer Kommunen, Erschließungsbeiträge zu erheben, zeitlich begrenzt: Sind seit dem Beginn der erstmaligen technischen Herstellung einer Straße mehr als 25 Jahre vergangen, kann die Kommune keine Erschließungsbeiträge mehr erheben. Diese Neuregelung wird zum 1.4.2021 wirksam. Da es sich bei der Harthäuser Straße um eine Altanlage i. S. d. Art. 5 a Abs. 7 Satz 2 KAG handelt, können ab dem 1.4.2021 für den Ausbau keine Erschließungsbeiträge verlangt werden.

Daher wird das Baureferat zur Verbesserung der Barrierefreiheit und des Sicherheitsgefühls des Fußverkehrs die Projektplanung zum Ausbau der Harthäuser Straße im Abschnitt zwischen Menterschwaigstraße und Holzkirchner Straße wieder aufnehmen. Der Bezirksausschuss des 18. Stadtbezirks, der einen Abdruck dieses Schreibens erhält, wird im Zuge der weiteren Projektplanung satzungsgemäß beteiligt.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Neuvergabe der Bräurosl – Gay Sunday erhalten!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Richard Progl und Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion) vom 7.7.2020

Antwort Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Sie haben den Antrag gestellt, dass bei der Neuvergabe des Bräurosl Zeltes auf dem Oktoberfest darauf geachtet wird, dass der traditionelle Gay Sunday am 1. Wiesn-Sonntag erhalten bleibt.

Begründet wird Ihr Antrag damit, dass die Termine der Rosa Wiesn fester und beliebter Bestandteil im Wiesn-Kalender jedes Jahr sind und unter anderem der Gay Sunday in der Bräurosl Besucher aus München und allen Kontinenten anzieht und sich München als aufgeschlossene, tolerante und liebenswerte Stadt präsentiert.

Da es sich im vorliegenden Fall um eine laufende Angelegenheit der Verwaltung (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO, § 22 GeschO) handelt, die nicht gemäß § 60 Abs. 9 GeschO im Stadtrat zu behandeln ist, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Das Festzelt Bräurosl der Brauerei Hacker-Pschorr bietet knapp 6.500 Sitzplätze und einen Biergarten für weitere rund 1.700 Besucher. Seit 1901 gehört die Bräurosl zur Wiesn. Die Planegger Wirtsfamilie Heide bewirtschaftete das Zelt seit 1936, also über vier Generationen hinweg und erklärte im Juni 2020 ihren Rückzug aus dem Wiesnbetrieb.

Bei der Bräurosl handelt es sich um eine sogenannte Brauereifesthalle. Vertragspartner der Stadt ist die Hacker-Pschorr-Bräu GmbH. Die Hacker-Pschorr-Bräu GmbH schlägt bis zum Bewerbungsfristende 31.12.2020 der Stadt einen aus ihrer Sicht geeignete/n Wirtin und Wirt vor. Die Stadt prüft dann lediglich die gaststättenrechtliche Zuverlässigkeit der/des von der Brauerei vorgeschlagenen Wirtin/Wirtes.

Darüber hinaus nimmt die Stadt keinen Einfluss auf die Auswahl der Brauerei bei der Vergabe an die/den Betreiberin und Betreiber der Bräurosl.

Andreas Steinfatt, Geschäftsführer der Hacker-Pschorr Bräu GmbH, versichert dem Referat für Arbeit und Wirtschaft: „Der ‚Rosa Sonntag‘ gehört auch für uns als weltoffenes und tolerantes Unternehmen zum festen Wiesn-Kalender. Aus einer einzelnen Reservierung des MLC ist ein Treffen der LGBTI-Community geworden, das weltbekannt ist. Das soll auch mit einem neuen Pächter so bleiben. Allerdings ist der Gay Sunday keine ‚Ver-



anstaltung' – das wäre nach den Statuten auch gar nicht erlaubt – die wir als Brauerei oder der Betreiber steuern, sondern es sind unabhängige Reservierungen. Daher würden wir uns freuen, wenn die Community weiter in der Bräurosl reserviert und feiert.“

Dieser Antwortbrief ist mit der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTI* der Landeshauptstadt München abgestimmt.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 15. September 2020

München schließt eine erste Partnerschaft mit einer israelitischen Stadt

Antrag alle Stadtrats-Mitglieder der SPD/Volt – Fraktion und der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Plexiglaswand für Busfahrer

Antrag Stadträte Manuel Pretzl und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

Wie „recovered“ ist München? – Was brachte die „Recovery Kampagne“

Anfrage Stadtrat Hans-Peter Mehling (Fraktion ÖDP/FW)

Anfrage zu Polizeieinsätzen an der Isar, am Gärtnerplatz und vergleichbaren sogenannten „Hotspots“ in den letzten Wochen

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE./Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Unabhängige Beschwerdestelle für Polizeiübergriffe einrichten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE./Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 15.09.2020

München schließt eine erste Partnerschaft mit einer israelitischen Stadt

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bezüglich der Aufnahme städtepartnerschaftlicher Gespräche in Kontakt mit der israelischen Generalkonsulin zu treten. Ziel soll der Abschluss eines Partnerschaftsvertrages mit einer israelischen Großstadt sein.

Begründung

Städtepartnerschaften sind auf Dauer angelegte Kooperationsverhältnisse zwischen Kommunen, die mit dem Ziel eingegangen werden, die gegenseitige Verständigung zu fördern und ein Gefühl gemeinschaftlicher Verbundenheit zu schaffen.

Darüber hinaus können durch das Eingehen neuer Städtepartnerschaften, die Aktivierung bereits bestehender Partnerschaften und eine Intensivierung des inhaltlichen Austausches, bspw. im Rahmen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, internationale Projekte effektiver vorangetrieben werden. Beide Seiten profitieren von den Erfahrungen und dem Fachwissen des Partners.

München und Israel haben eine gemeinsame Geschichte. Diese geht u. a. auf die seit dem 13. Jahrhundert gepflegten Wirtschaftsbeziehungen zurück, wird jedoch immer noch von den Verbrechen des Nationalsozialismus überschattet. Mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Mitte der 1960er Jahre haben sich die deutsch-israelischen Verbindungen zwischenzeitlich sowohl auf offizieller Ebene als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich kontinuierlich intensiviert, so dass man mittlerweile von freundschaftlichen Beziehungen sprechen kann. Seit 2011 befindet sich in München ein israelisches Generalkonsulat, das ein lebendiges Zeichen für die wiedergewonnene gegenseitige Freundschaft ist.

Wir finden eine erste Städtepartnerschaft zwischen einer israelischen Stadt und München kann diese Freundschaft vertiefen!

SPD/Volt-Fraktion
Initiative

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



15.09. 2020

Plexiglaswand für Busfahrer

In den städtischen Bussen der MVG und bei den Privaten Busunternehmen im Linienverkehr sind die Fahrerbereiche mit Schutzscheiben aus Plexiglas abzugrenzen, so dass die Fahrerinnen und Fahrer geschützt sind.

Die rot-weißen Absperrbänder im vorderen Busbereich können dann entfernt und die vorderste Ein- und Ausstiegstüre wieder durch Fahrgäste genutzt werden.

Begründung

In der Corona-Pandemie ist es wichtig, die Fahrerinnen und Fahrer bestmöglich zu schützen. Der notwendige Linienbetrieb und das Angebot sind aufrecht zu erhalten.

Im Herbst und Winter wird die Nachfrage in den Bussen wieder steigen.

Um den Fahrgästen den größtmöglichen Platz zur Verfügung zu stellen, soll der vordere Bereich wieder für den Ein- und Ausstieg, aber auch für Steh- und Sitzplätze zur Verfügung stehen. Das gelingt durch die Abgrenzung des Fahrpersonals mittels Plexiglastrennwänden.

Der MVV hatte bereits im Juni begonnen, die Regionalbusse mit Schutzscheiben und -folien auszurüsten. Auf diese positiven Erfahrungen soll im Stadtgebiet zurückgegriffen werden.

Manuel Pretzl (Initiative)

Fraktionsvorsitzender

Sebastian Schall

Stadtrat



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 15.09.2020

Anfrage:

Wie „recovered“ ist München? – Was brachte die „Recovery Kampagne“

In der Vollversammlung am 22. Juli 2020 stellte das Referat für Arbeit und Wirtschaft ihre sogenannte Recovery Kampagne vor. Ziel der eine Million teuren Maßnahmen war es „durch werbliche Maßnahmen eine akute Wiederbelebung des touristischen Aufkommens zu erwirken, um die Überlebensfähigkeit der betroffenen Betriebe und Selbstständigen zu fördern.“

Zweifellos stellt die Corona-Krise die Münchner Wirtschaft vor große Herausforderungen und die Tourismus-Betriebe in der Stadt brauchen unsere Unterstützung. Dennoch gibt sogar das Referat für Arbeit und Wirtschaft selbst zu, dass viele Touristen München nicht meiden, weil die Stadt auf einmal nicht mehr attraktiv wäre, sondern weil die Ansteckungsgefahr in Großstädten meist höher eingestuft wird und Reisemöglichkeiten und -Anlässe, wie Messen und Veranstaltungen weggefallen sind. Daher ist es zumindest zweifelhaft, ob Werbemaßnahmen den erwünschten Erfolg bringen können, solange das Risiko durch Corona nicht gebannt ist.

Darum frage ich den Oberbürgermeister:

1. Für welche konkreten Maßnahmen wurden die 1 000 000 Euro bisher ausgegeben?
2. Welchen Anteil daran machten Werbemaßnahmen in den Medien aus? Welche Reichweite wurde dabei erzielt?
3. Wurde über kostengünstige bzw. unentgeltliche Zusammenarbeit mit Medienhäusern aus München und der Umgebung gesprochen?
4. Wie haben sich die Tourismuszahlen seit Beginn der Implementierung der Recovery Strategie entwickelt? Konnte ein nennenswertes Plus bei den Tagestouristen aus anderen Regionen Bayerns erreicht werden?
5. Werden Erfahrungen mit anderen deutschen und bayerischen Großstädten ausgetauscht? Wenn ja mit welchen Ergebnissen?
6. Welche Erfahrungen haben Tourismusbetriebe und Gastronomen seit Beginn der Recovery Kampagne geschildert?
7. Welche Anpassungen sind geplant, sollte sich die Corona-Situation im Herbst und Winter wieder verschärfen?

Initiative:
Hans-Peter Mehling
Stv. Fraktionsvorsitzender
Wirtschaftspolitischer Sprecher

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14. September 2020

Anfrage zu Polizeieinsätzen an der Isar, am Gärtnerplatz und vergleichbaren sog. „Hotspots“ in den letzten Wochen

Die Stadt München hat seit dem Lockdown zahlreiche Bemühungen unternommen, um das Infektionsgeschehen im Zusammenhang mit der Pandemie einzugrenzen. Im größten Teil der Fälle liegt die Umsetzung und ggf. Durchsetzung dieser Maßnahmen bei der Polizei bzw. beim Kommunalen Außendienst. Uns liegen inzwischen eine Vielzahl von Berichten vor, nach denen Personen unbegründet kontrolliert wurden oder von anderen polizeilichen Maßnahmen betroffen waren (das reicht vom Platzverweis über Schlagstockeinsätze bis hin zu Festnahmen). Hier kommt auch immer wieder das USK zum Einsatz. Das USK steht immer wieder in der Kritik wegen seiner bekannt harten Gangart.

Um einen besseren Überblick über die Vorfälle in den letzten Monaten zu bekommen, bitten wir den Oberbürgermeister folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Einsätze der Bereitschaftspolizei gab es seit Ende des Lockdowns am Baldeplatz, am Gärtnerplatz, im Englischen Garten und anderen sog. „Partyhotspots“ (bitte detailliert aufschlüsseln)?
2. Wie häufig wurde das USK in diesen Gebieten eingesetzt?
3. Warum wird überhaupt USK in solchen Fällen eingesetzt (beispielsweise am 4.7. am Baldeplatz) um den Infektionsschutz zu kontrollieren und ggf. durchzusetzen oder gegen Ruhestörungen vorzugehen?
4. In wie vielen Fällen waren die Betroffenen Black, Indigenous and People of Color oder andere Personen „mit Migrationshintergrund“, bitte aufschlüsseln nach Anzahl der Kontrollierten und Art des Einsatzes (Platzverweise, andere Ordnungswidrigkeiten, Festnahmen oder sonstige polizeiliche Maßnahmen)?
5. Warum werden zur angeblichen Durchsetzung des Infektionsschutzes immer wieder Personengruppen in einem engen Polizeikessel festgesetzt (beispielsweise am 3.9. am Baldeplatz)?
6. Wie oft kam es in diesem Zeitraum zu Schlagstockeinsätzen an den genannten Orten?

7. Wie viele Anzeigen/Ordnungswidrigkeiten wurden in der Landeshauptstadt München wegen Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz durch die Polizei seit 01.03.2020 vorgenommen? Und wie viele wegen Ruhestörung im öffentlichen Raum? (Bitte monatlich aufschlüsseln.)

Initiative: Thomas Lechner & Marie Burneleit

Stefan Jagel Brigitte Wolf

Mitglieder des Stadtrats

Fraktion DIE LINKE. / Die PARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 14. September 2020

Unabhängige Beschwerdestelle für Polizeiübergriffe einrichten

Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine unabhängige Beschwerde- bzw. eine Ombudsstelle für Fälle polizeilicher Übergriffe und Diskriminierungen (wie z.B. Racial Profiling) einzurichten¹.

Als Mindestanforderung sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Durch die Angliederung bei der Landeshauptstadt München wirkt die Polizeibeschwerdestelle unabhängig. Ihre Mitarbeiter*innen stehen in keinem institutionellen oder hierarchischen Verhältnis zu den von der Beschwerde betroffenen Polizeibeamt*innen, sondern unterstehen disziplinarrechtlich dem Oberbürgermeister.
2. Ihre Aufgaben ist die unabhängige Untersuchung von individuellen Beschwerden und die konkrete Unterstützung von Betroffenen. Hierfür wird mit dem Polizeipräsidium München, der Staatsanwaltschaft München und der Landeshauptstadt eine entsprechend verbindliche Vereinbarung geschlossen.
3. Grundlage für die Unterstützung der Beschwerdeführer*innen sind folgende:
 - a. Sie werden aktiv in das Beschwerdeverfahren einbezogen.
 - b. Alle Daten und Vorkommnisse werden von der Beschwerdestelle sensibel und vertraulich behandelt und dürfen nur mit schriftlicher Zustimmung der Beschwerdeführer*innen veröffentlicht oder weitergegeben werden.
4. Die o.g. Punkte gelten auch für Polizeibeschäftigte, die ihr Beschwerderecht bei der städtischen Beschwerdestelle in Anspruch nehmen.
5. Die Beschwerdestelle leistet zudem auch Aufklärungsarbeit zu den Befugnissen der Polizei.
6. Dem Stadtrat ist mindestens einmal im Jahr Bericht zu erstatten.

¹ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Unabhaengige_Polizei_Beschwerdestellen.pdf

Begründung:

Die Möglichkeit, polizeiliches Verhalten und Agieren von unabhängiger Seite überprüfen zu lassen, ist zentrales Gebot in einem Rechtsstaat. Die besondere Stellung der Polizei als bewaffnete Ordnungshüterin und Teil des staatlichen Gewaltmonopols erfordert in besonderer Weise die Möglichkeit, mögliches Fehlverhalten und Missbrauch unabhängig von polizeilichen Strukturen überprüfen zu lassen und ggf. anzuzeigen. München als größte Kommune in Deutschland hat hier eine besondere Vorbildfunktion und Sorgfaltspflicht.

Da die Stadt insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie durch das Infektionsschutzgesetz für Erlasse verantwortlich ist, deren Einhaltung durch die Polizei kontrolliert wird, muss die Stadt als Satzungsgeberin ihrer Verantwortung nachkommen und entsprechendem Fehlverhalten nachgehen, bzw. mögliche Rechtsbrüche selbst zur Anzeige bringen. Dies ist jedoch nur möglich durch eine unabhängige Beschwerdestelle.

Zahlreiche Fälle polizeilichen Fehlverhaltens in München haben in den letzten Monaten die Notwendigkeit einer solchen unabhängigen Beschwerdestelle unterstrichen. Nicht nur für Beschwerden von Bürger*innen, sondern auch für Angehörige der Polizei selbst ist ein unabhängiger Beschwerdemechanismus selbstredend. Polizist*innen, die mit der Art von Ermittlungen, dem Umgang mit Zeugen und Beschuldigten oder anderen Verhaltensweisen im Rahmen der Polizeiarbeit nicht einverstanden sind, wenden sich jedoch aufgrund eines Corpsgeistes oder der ‚Cop Culture‘ nicht an ihre Vorgesetzten. Sie müssen ebenfalls die Möglichkeit haben, außerhalb der Institution Polizei ihre Beschwerden vorbringen zu können.

Der Behauptung des Bundesinnenministers, es gebe z.B. kein „Racial Profiling“ weil dies ja verboten sei, steht eine zunehmende Zahl von Berichten über derartige Fälle entgegen².

Die Antragsteller*innen selbst waren bereits häufiger Zeugen derartigen Verhaltens, zuletzt bei der Kundgebung der Corona-Leugner*innen auf der Theresienwiese. Zudem gibt es inzwischen zahlreiche dokumentierte Berichte über polizeiliche Übergriffe im öffentlichen Raum (Gärtnerplatz, Englischer Garten, Isar).

Zusätzlich sei hier noch drauf verwiesen, dass es in den vergangenen Monaten mehrere Berichte über rechtsextreme Strukturen (wie z.B. Whatsapp-Gruppen) auch innerhalb der Münchner Polizei gegeben hat.

Initiative: Thomas Lechner & Marie Burneleit

Stefan Jagel Brigitte Wolf
Mitglieder des Stadtrats

Fraktion DIE LINKE. / Die PARTEI

² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-08/polizeigewalt-beschwerdestelle-unabhaengig-polizeieinsaetze-politik-kriminologe>

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 15. September 2020

Schauburg in der Stadt am 19. + 20. September

Pressemitteilung Schauburg – Theater für junges
Publikum



Schauburg Franz-Joseph-Straße 47 80801 München

PRESSEMITTEILUNG

Schauburg in der Stadt am 19. + 20. September 2020

München, 14. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

statt wie üblich alle zu Beginn der neuen Spielzeit in die Schauburg einzuladen, strömen die Mitarbeiter*innen der Schauburg dieses Jahr vom Elisabethplatz aus in die Stadt.

Am Samstag und Sonntag 19. und 20. September 2020 sind zwischen 10 Uhr und 18 Uhr mobile Stationen unterwegs, die das aktualisierte Programm der neuen Spielzeit 2020/21 frisch aus der Druckerei austragen.

Schauspieler*innen und Dramaturg*innen und Theaterpädagog*innen werden das kommende Programm vorstellen. Außerdem kann jede*r wie immer in der Schauburg auch Open-Air selbst aktiv werden: Fechten wie König Arthus, Papierschiffe fahren wie der standhafte Zinnsoldat, Äpfel jonglieren wie im Apfelwald und erste Kodes der rechtsex-tremen Szene durchschauen wie Heidi Bennekenstein haben wir dabei.

Trefft die Schauburg in der Stadt an Mitmachstationen: unter anderem im Olympiapark, auf dem Rotkreuzplatz, am Tierpark Hellabrunn und natürlich auch auf dem Elisabethmarkt.

Über einen Hinweis freuen wir uns sehr!

Bei Fragen und/oder für weitere Informationen können Sie mich gerne kontaktieren.

Herzliche Grüße aus der Schauburg
Kathrin Schäfer

Pressekontakt

Schauburg - Theater für junges Publikum der Landeshauptstadt München
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Kathrin Schäfer
Tel: 089 233 371 -64
E-Mail: presse@schauburg.net

[Schauburg](#)
Theater für junges Publikum
theater@schauburg.net
www.schauburg.net

Intendanz
Andrea Gronemeyer

Kartentelefon
kasse.schauburg@muenchen.de
+49 (0)89 233 371 -55
IBAN DE61 7001 0080 0024 5108 00
BIC PBNKDEFF
UST-IdNr. DE129524000



Ein Theater der Stadt

SCHAUBURG